

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

30 (5.2.1931)

# Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Zeigenpreise Die 10 getragenen Millimeter...  
Anzeigenpreise Die 10 getragenen Millimeter...  
Anzeigenpreise Die 10 getragenen Millimeter...

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern  
Unterhaltung, Wägen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark...  
Bezugspreis monatlich 2.50 Mark...  
Bezugspreis monatlich 2.50 Mark...

Nummer 30

Karlsruhe, Donnerstag, den 5. Februar 1931

51. Jahrgang

## Stahlhelm-Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtages

BRN, Berlin, 4. Febr. Die Bundesleitung des Stahlhelms hat heute abend an den preussischen Minister des Innern ein Schreiben abgeschickt, in dem beantragt wird, das folgende Volksbegehren zuzulassen: „Der am 20. Mai 1928 gewählte Landtag ist aufzulösen.“

Das Schreiben nimmt für den Stahlhelm in Anspruch, daß sich ihm aus seiner Mitgliederzahl die erforderliche Glaubhaftmachung einer ausreichenden Unterstützung einwandfrei ergibt. Es ist, so behauptet der Stahlhelm, die Unterzeichnung nicht bedürftig. Auch den gesetzlichen Bestimmungen müssen nämlich 20 000 Unterschriften auf vorgeschriebenen Formularen beigebracht oder es muß glaubhaft gemacht werden, daß 100 000 Stimmberechtigte den Antrag unterstützen.

Mit diesem Antrag charakterisiert sich die Stahlhelmleitung wieder einmal als das, was sie schon lange ist, als die Gelangene aller politischen Dummheiten. Man kann es verstehen, daß es den Herrschenden selbst nicht wohl bei ihrem Antrag ist und daß es ihnen ist, siegt selbstverständlich in geradezu einseitiger Weise. Das ist nicht etwa so, wie, warum der Stahlhelm das Volksbegehren beantragt, sondern nur, daß die Aktion von den und den Anhängern dieser schwarzweißen Organisation beschlossen worden ist. Also nicht, weil der Stahlhelm das Volksbegehren für notwendig oder gar ausschlaggebend hält, sondern weil die Dummheit nun einmal beschlossen ist, fürst man sich in geistige und finanzielle Anstrengungen, obwohl Geld- und Dürstler wissen, daß ihre Aktion im Endziel vergeblich und die hierfür aufzubringenden Beteiligungen so gut wie zum Fenster hinausgeworfen sind.

Aber was wollten die Herren Führer des Stahlhelms anders machen? Vor nicht ganz anderthalb Jahren haben sie schon einmal ein Volksbegehren angedeutet, wie sie in Anführungszeichen, die niemals durchgeführt wurden, schon immer großzügig gemeint sind. Damals lautete die Parole des Stahlhelms: „Mehr Macht dem Reichspräsidenten.“ Wobei man hat, man darüber geredet und für diese Parole Propaganda gemacht. Vermutlich wurde aber das angekündigte Volksbegehren niemals. Man hat nicht einmal einen Antrag zu seiner Durchführung genommen, nicht einmal so getan, als ob man wirklich wollte.

So war und ist es zu verstehen, daß die Parole auf Auflösung des preussischen Landtages über den Weg des Volksbegehrens mit anschließendem Volksentscheid nicht einmal mehr von den eigenen Anhängern des Stahlhelms ernst genommen wurde. Man sagte sich selbst: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.“ Aus dieser Situation heraus hat man sich schließlich trotz leerer Kassen und trotz aller Zerkleinerungen im Lager anderer sogenannter „nationaler Rechte“ traurigen Dersens entschlossen, den von vornherein verlorenen Kampf zunächst wenigstens einmal zu beginnen.

Wahrscheinlich wird es dem Stahlhelm gelingen, das Volksbegehren durch Einzeichnung eines Fünftels der preussischen Stimmberechtigten zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Dann kann der Reichspräsident seinen Lauf nehmen, der völlig ausfallslos ist. In die Eventualität, daß ihm hierbei die Mehrheit der Stimmberechtigten seine Zustimmung geben wird, glauben nicht einmal die Nazis, trotzdem sie sich in der Aufwindung der politischen Lebenslagen wesentlich besser verstehen, als die Spießbürger vom Stahlhelm.

Wie es heißt, hofft der Stahlhelm immer noch, daß dem Antrag von Amts wegen irgendwelche Schwierigkeiten gemacht werden und er sich dadurch mit heiler Haut aber mit großem Geschwür aus der Affäre herausziehen kann. Ein großer Irrtum, so unverantwortlich eine Aktion, wie die der schwarzweißen „Frontkämpfer“-Organisation, in der gegenwärtigen Situation auch ist. Sie ist gänzlich unzulässig und deshalb wird ihr von der preussischen Staatsregierung kein Gehör gegeben werden.

Es bleibt die Frage, wer sich im weiteren Verlauf der Aktion des Stahlhelms schließlich in dessen Bahn begeben wird, ob die Nazis und Hugenberg nachträglich noch mit von der Partie sein wollen, und sich insulieren unter das Kuratel des Stahlhelms stellen werden. Ehe der Stahlhelm dem preussischen Minister des Innern seinen Antrag unterbreitet, hat man in wochenlangen Verhandlungen versucht, den famosen Reichsausschuß Hugenberg-Geldtastler neu zu beleben. Das selbständige Vorgehen des Stahlhelms ist, daß diese Versuche ergebnislos verlaufen sind. Sie scheiterten nicht aus sachlichen Gründen, sie schlugen fehl, weil jede der zahlreichen rechtlichen Gruppen in dem Kampf gegen die preussische Regierung die Kürzung haben wollte. So war die Pleite der Selbste und Dürstler wegen keiner Eierlächerlein bereits befehle ehe sie ihren Antrag fabrizierten. In diesem Sinne wünschen wir den Herrschenden weiterhin viel Glück.

Eines ist sicher, die Geschichte kostet viel Geld, das der Stahlhelm nicht hat. Wohl aber das Unternehmertum. Für Stahlhelmspropaganda hat das Unternehmertum Geld. Wenn es aber anständige Löhne zahlen soll, hat es keines.

## Frontbund der Arbeiterfeinde

Eine aufklärende Reichstagsitzung

Berlin, 4. Febr. (Sig. Draht.) Die Reichstagsitzung vom Mittwoch brachte eine mehrstündige bewegte

Ausprache über Schlichtungswesen und Lohnabbau. Anlaß gab ein kommunistischer Antrag, die Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 9. Januar 1931, mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Ferner wurde je eine sozialdemokratische und eine kommunistische Interpellation zum Lohnabbau verhandelt. Die sozialdemokratische Interpellation weist insbesondere darauf hin, daß die Regierung zwar die Löhne und Gehälter habe senken können, jedoch auch nicht annähernd den gleichen Erfolg auf dem Gebiet der Preise erzielt habe.

Der Kommunist Schröder gab Schilderungen der Notlage in der deutschen Arbeiterklasse. Von den noch in den Betrieben befindlichen Arbeitern hätten 45 Prozent einen Wochenlohn unter 30 Mark. Das Lohnverkommen werde im laufenden Jahre um mindestens 8 Milliarden Mark herabgedrückt werden. In Wettbewerb mit den Nationalsozialisten erklärt der Kommunist in nationalsozialistischer Ueberzeugung, daß jeder Gewerkschaftskampf zugleich ein politischer Kampf gegen den Youngplan sein müsse.

Abg. Limberg (Soz.) der alte Gewerkschaftskämpfer, wurde, als er das Wort erhielt, von den Kommunisten mit dem einflussreichen Ruf begrüßt: „Streikbrecher, Streikbrecher.“ Der bekannte Gewerkschaftsführer übernahm die Beschimpfung mit dem Schweigen der Beratung. Er konnte auf die

Aktivität der Partei und der Gewerkschaften im Lande verweisen. Die Massen seien Verständnis für die awanssüchtige Politik, die das Chaos vermeiden will. Der kommunistische politische Streik im Ruhrgebiet habe von den 300 000 Arbeitern im Ruhrgebiet nur 30 000 erfüllt, und auch diese nur durch Terror. Die gewerkschaftlich geschulten Teile der Arbeiter müßten, was auch Schröder hier ausgesprochen habe, daß die Kommunisten nicht für die Verbesserung der Löhne kämpften, sondern lediglich parteipolitische Zwecke verfolgten. Hier rief der Nationalsozialist Goebels zum Schutz der Kommunisten: „Sind Sie von den Arbeitgebern?“ Limberg führte diesen Goebels, der natürlich nie Mitglied einer Gewerkschaft war, ab mit dem Hinweis auf die

Schnorrerrollen Hilters bei den Kapitalisten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die Sozialdemokratie werde ihre Kämpfe gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten fortführen

um die Arbeiterklasse über die Krise hinwegzubringen. Mit der Ausschussberatung der vorliegenden Anträge sei die Sozialdemokratie einverstanden.

Der Weg der Lohnsenkung werde nicht zur Beteiligung der Arbeitskräfte führen. Der auf dem Gebiete des Schlichtungswesens durch die Notverordnung geschaffene Zustand könne

nicht für die Dauer aufrecht erhalten werden. (Abg. Dr. Goebels (N.S.) und zwei kommunistische Abgeordnete erhalten wegen verschiedener Zurecht Ordnungsruhe.) Der Redner erklärt zum Schluß zum Rubrikstichwort: Die Gewerkschaften haben den

Lohnabbau nicht gutgeheißen. Es komme aber nicht allein darauf an, was man wünscht, sondern es müssen auch die Kräfteverhältnisse berücksichtigt werden. (Värm lints.)

Reichsarbeitsminister Stegerwald begann seine Rede mit dem Hinweis, daß Deutschland eintrüben in die kapitalistische Wirtschaftsordnung eingeleitet sei. Ausdrücklich, daß binnen kurzem diese Ordnung durch eine nationalsozialistische, kommunistische oder

sozialistische abgelöst werde, beständen nicht. Also müsse man den Tatsachen ins Auge sehen, 28 bis 30 Milliarden öffentlicher Ausgaben lasteten auf der deutschen Wirtschaft. Darin stehe natürlich auch die Sozialversicherung. Die Landwirtschaft sei an diesen Ausgaben nur mit 5 bis 7 vom Hundert beteiligt. 93 bis 95 vom Hundert würden von Industrie, Handel, Gewerbe, Bankwesen und Verkehr aufgebracht. Den Unternehmern sei es gleichgültig, wo die Erleichterungen herkämen. Er müsse dem Unternehmertum allerdings sagen, daß es irrig sei, wenn es glaube, daß Erleichterungen nur durch Lohnsenkungen erfolgen könnten. Andererseits könne man in einer Wirtschaftskrise unmöglich die Löhne unbeweglich halten. Aber auch ein freies Spiel der Kräfte sei bei einer solchen Krise im Hinblick auf die Lohnhöhe nicht möglich.

Der Staat müsse realistisch einreifen, darum dürfe die Schlichtungsordnung nicht aufgehoben werden. Mit einer Ausschussberatung sei er einverstanden.

Wie arbeitereindlich die kommunistische Haltung gegen das Schlichtungswesen ist, bewies die begeisterte Zustimmung des deutschnationalen Abgeordneten Stahlhelms und Landbündlers Agens. Er sagte, seine Fraktion werde für den kommunistischen Antrag stimmen. Die größten Schermer des Unternehmertums wollen eben keine staatliche Regelung der Löhne, weil sie in dieser arden Krise hoffen, über dem freien Spiel der Kräfte die Arbeiterlöhne erheblich mehr zu senken. Agens Standpunkt beweist klar, die ungemollte arbeitereindliche Politik der Kommunisten.

Eine schwere Schmutzkampfkampagne erleben die Kommunisten dann an ihrem früheren Parteigenossen, dem jetzigen nationalsozialistischen Abg. Stürz. Er übertrug die Kommunisten bei weitem an Demagogie und an Hege gegen die Gewerkschaften. Die Kommunisten standen hier als Stürz genau so wie der Kommunist Schröder die Gewerkschaften für die jetzigen Zustände verantwortlich macht und sie als die politische Stützgruppe des Vonnabministers Brüning bezeichnete. Es war lustig zu beobachten, wie während der Rede eines Sozialdemokraten Nationalsozialisten und Kommunisten sich gegenseitig durch Zurufe unterstützten. Dem Herrn Stürz ballerte allerdings das Ministerium, daß der Volkspartei Willehald dem Reichstage erzählte, daß

dieser Nationalsozialist vor kurzem noch ein wilder Kommunist gewesen und im Auto mit toten Fahren durch das Industriegebiet gerollt sei. Stürz gestand unter dem jubelnden Beifall der Nationalsozialisten seine Wandelung zu. Die Kommunisten waren recht kleinlaut, als sie so vor dem Reichstage feststellten, haben, wie stehend die Grenzen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten sind.

Die Anträge auf Verbilligung von Fleisch für die minderbemittelte Bevölkerung wurden an den handelspolitischen Ausschuss verwiesen. Kommunisten und Nationalsozialisten behaupteten, wie aus einem Munde, das sei eine von der Sozialdemokratie gemollte Verschleppung. Wahr ist dagegen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die einen ausgearbeiteten

Gelegenheitswurf über die Einfuhr von Gefrierfleisch am 5. Dezember 1930 eingebracht

hat. Es sollen zur Verorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigen Fleisch mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1930 jährlich 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zugelassen werden. Dieser Gelegenheitswurf soll gemeinsam mit der Verbilligung von Gefrierfleisch im handelspolitischen Ausschuss schleunigst beraten werden, damit etwas Unfassendes für die Fleischversorgung der armen Bevölkerung herauskommt. Die Nationalsozialisten beantragten schließlich noch, daß auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung ihre Anträge auf Aufhebung der Zeitungssperre (Völlischer Beobachter und Angriff) und des Uniformverbotes in Baden gestellt werden. Die Mehrheit des Reichstags lehnte dieses Ansuchen ab. Am Donnerstag wird der Reichstanzler seine Rede halten.

## Regierungsermächtigung für Ausgabenkürzung?

Berlin, 5. Febr. (Zurückdienst.) Die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und der deutschen Volkspartei über Abstriche an dem Haushaltsplan für 1931 führten zu folgender Vereinbarung:

1. Welche Einnahmeausfälle infolge der Einflüsse der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse gegenüber den Etatsansätzen eintreten können, läßt sich heute mit voller Sicherheit endgültig nicht übersehen.

2. Der Reichstanzler und der Reichsfinanzminister sind entsprechend früheren Erklärungen mit der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei einig darin, daß solche Ausfälle nur durch weitere Ausgabenkürzungen und nicht durch Erhöhung irgendwelcher Lasten oder durch Vermehrung von Schulden gedeckt werden dürfen.

3. um der Reichsregierung die einwandfreie Wahrung ihres Erpansions zu schaffen, wird die Regierung den Reichstag um eine entsprechende Ermächtigung ersuchen.

## Labour-Party sondiert in Berlin

London, 4. Febr. Nach einer Notiz des Daily Herald ist der Abg. Major A. D. Church, der der Arbeiterpartei angehört, nach Berlin abgereist. Daily Herald zufolge ist es Churchs Absicht, in Berlin mit maßgebenden Persönlichkeiten

in Fühlung zu treten — das Blatt nennt die Namen Reichstanzler Dr. Brüning und Reichsminister Treveranus. Als Thema der Unterhaltungen, die er herbeiführen gedenkt, wird von dem Organ der Arbeiterpartei der Komplex der Kriegsschuldfrage genannt.

## Urteil im Berliner Jugendlichen-Prozess

Berlin, 4. Febr. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schmid, verkündete folgendes Urteil:

Die drei Angeklagten sind schuldig, gemeinschaftlich einen Menschen vorläufig getötet zu haben, und zwar Stolze und Luise Neumann mit Ueberlegung, Benzinger nicht mit Ueberlegung. Die drei Angeklagten sind auch der gemeinschaftlichen Unterschlagung schuldig.

Es werden verurteilt: Stolze wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis.

Luise Neumann wegen Mordes und Unterschlagung zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren 2 Monaten Gefängnis.

Benzinger wegen Totschlags und wegen Unterschlagung zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren 3 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Allen drei Angeklagten wird die Unterjuchenaschaft voll ange-rechnet.

### Frankreich lehnt engl. Aufwertungswünsche ab

Juristische Argumentation — in Geldsachen gibt es keine Freundschaft

Unter Pariser Mitarbeiter schreibt uns: Die langwierige Kontroverse zwischen der englischen und französischen Regierung um die Aufwertung der im Kriege in London aufgegebenen französischen Anleihen ist nunmehr mit einer entschiedenen Weigerung Frankreichs beendet worden.

Die französische Regierung möchte nicht die geringste Bemühung, dem englischen Standpunkt entgegenzukommen. Sie verhasst sich hinter die rein juristische Argumentation, daß die französischen Kriegsanleihen in Franken ohne Goldklauseln ausgegeben worden seien, und daß nach der französischen Gesetzesgebung der Papierfrank dem einstigen Goldfrank gleichzusetzen sei. Eine Aufwertungsverpflichtung bestehe also nicht. Auch der englische Vorschlag nach Errichtung des Internationalen Gerichtshofs im Haag wurde abgelehnt. Die letzte französische Note erklärt, die Frage der Frankenaufwertung gehe nur die französischen Gerichte an, die bereits eindeutig entschieden hätten, daß Frank gleich Frank sei.

Wenn man auch zugeben muß, daß der Standpunkt Frankreichs juristisch unangreifbar ist, so verdient doch festgehalten zu werden, daß Frankreich als Schuldner nicht mehr zu zahlen bereit ist, was es unbedingt zahlen müßte, ohne eine Vertragsverletzung zu begehen. In seiner Eigenheit als Gläubiger gegenüber Deutschland hat Frankreich bisher den entgegengekehrten Standpunkt vertreten. Schon in der deutschen Forderung nach einem Moratorium will man in Paris eine Vertragsverletzung sehen, obwohl diese Eventualität im Young-Plan ausdrücklich vorgesehen ist und obwohl die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, auf Grund deren seine Verpflichtungen bemessen wurden, seit der Unterzeichnung des Planes beträchtlich gesunken ist. Deutschland kann aber wohl das gleiche Recht für sich beanspruchen wie Frankreich: nicht mehr zu zahlen, als es unbedingt muß.

### Wahlenthaltung der spanischen Sozialisten

Madrid, 4. Febr. (Eig. Bericht.) Der König hat den Termin zu den Neuwahlen auf den 1. März festgelegt.

Die spanischen Sozialisten haben am Dienstag endgültig beschlossen, sich bei den kommenden Wahlen der Stimme zu enthalten. Der Beschluß wurde von dem zuständigen Parteiführer mit außerordentlich großer Mehrheit gefaßt.

### Steuerausschuß des Reichstages

Auf der Tagesordnung des Steuerausschusses des Reichstages standen am Mittwoch Anträge zum Mineralwassersteuergesetz, zur Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer der Konsumvereine und Warenhäuser, zur Aufhebung der Lohnsteuer und schließlich auch noch Anträge, die die Offenlegung der Steuerlisten wünschenswert erscheinen ließen.

Dazu gab Reichsfinanzminister Dietrich eine Erklärung ab, er müsse angesichts der Finanzlage des Reiches dringend davon warnen, noch in diesem Etatsjahre Steuererleichterungen vorzunehmen.

Mit den Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde daraufhin beschlossen, die Beratung des Antrages über die Offenlegung der Steuerlisten bis zur Vorlegung der Denkschrift, die vor ihrem Abschluß steht, auszusetzen und die Abstimmung über die übrigen Anträge mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichsfinanzministers über die gegenwärtige Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden zu vertagen.

### Wirth über Ebert

Berlin, 4. Febr. Reichsminister des Innern Dr. Wirth sprach heute im Rundfunk aus Anlaß des 60. Geburtstages des verstorbenen ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert Worte des Gedenkens. Ebert habe seinen staatsmännischen Weitblick in klaren Urteilen und Entschlüssen, die von allen verkörpert, utopischen Illusionen und parteigebundenem Fanatismus frei waren, bewiesen. Ebert sei ein Fanatiker der Arbeit gewesen, der gegen die stärksten Widerstände und heftigsten Angriffe für die Befreiung Deutschlands und die Erhaltung der Einheit des Reiches gekämpft und gewirkt habe.

### Nationalsozialistisches Machwerk „Kote Justiz“ beschlagnahmt

Berlin, 4. Febr. Auf Grund der Strafanträge des Landtagsabg. Kuttner, des Oberpräsidenten Klose, hat die Staatsanwaltschaft in Berlin die Beschlagnahme des Buches „Geistliche Justiz“ von Gottfried Zarnow beim Amtsgericht Berlin-Mitte beantragt. Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat die Beschlagnahme ausgesprochen, da das Buch Verleumdungen der Genannten enthält und nach § 94 der Strafprozeßordnung in Verbindung mit den §§ 40, 41 des Strafsatzbuchs der Einzelnachweise unterliegt.

### Kaas gibt Feder keine Antwort

Der Nationalsozialist Feder hatte kürzlich an den Führer der Zentrumspartei Dr. Kaas einen Brief gerichtet und ihn darin gefragt, ob die Zeitungsberichte über seine Kasseler Rede den Tatsachen entsprechen. Feder hat dann einige Zeit später in Oldenburg in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß ihm Dr. Kaas keine Antwort habe.

Die Germania stellt dazu fest, daß Dr. Kaas es von vornherein abgelehnt hat, dem Brief des Abgeordneten Feder zu beantworten und den nationalsozialistischen Abgeordneten Glöhr durch den Zentrumspartei-Abgeordneten Gerig — beide Mitglieder des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes — den betreffenden Brief mit dem Bemerkten habe zurückschicken lassen, „daß der federliche Brief schon wegen seiner Form nicht beantwortet werden könne und würde“.

### Flüchtiger Nazimörder verhaftet

Berlin, 4. Febr. (Eig. Draht.) In der Nähe von München wurde am Mittwoch der Berliner Nationalsozialist Kollas verhaftet. Kollas, der in der Silvesternacht an der Ermordung eines Reichsbannermannes in der Hufelandstraße in Berlin beteiligt gewesen ist, war seit der verbrecherischen Tat flüchtig. Das Berliner Polizeipräsidium hat zur näheren Feststellung der Verhältnisse des Verhafteten noch am Mittwoch einen Kriminalbeamten nach München entsandt. Kollas dürfte bereits in den nächsten Tagen in das Berliner Polizeigefängnis eingeliefert werden.

### Der Völkerverbund muß auch sparen

In der Kommission zur Reform des Völkerverbundesekretariats wurde mit einer Mehrheit von 6 gegen 5 Stimmen der englisch-französische Vorschlag zur Vermehrung der Zahl der Untergeneralsekretäre abgelehnt. Deutschland befand sich bei der Mehrheit. Die Mehrheit schloß sich dem deutschen Argument an, daß die finanzielle Belastung, die durch Verdoppelung zweier hoher Gehälter entstehen würde, in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not nicht verantwortet werden könnte.

### Rußland bei der Abrüstungskonferenz

London, 4. Febr. (Eig. Draht.) In der Mittwochssitzung des Unterhauses teilte Außenminister Henderson in Erwiderung auf eine Anfrage mit, daß Rußland an der Entwaffnungskonferenz des Völkerverbundes teilnehmen werde.

## Französische Revisionsstimme

### Herabsetzung der Reparationsschulden u. deutsch-französisches Abrüstungsabkommen

Aus Paris wird uns geschrieben: Die zahlreichen Stimmen aus Amerika und England, die den einzig möglichen Weg zur Lösung der Weltwirtschaftskrise in einer Herabsetzung und Neuordnung der Kriegsschulden und Reparationsschulden sehen, sind nun um einen französischen Vorschlag bereichert worden, der von dem bekannten französischen Publizisten Graf d'Ormesson ausgearbeitet und in der Europe Nouvelle veröffentlicht ist.

Der Vorschlag besteht darin, daß Deutschland für die beiden nächsten Jahre 50 Prozent seiner Youngzahlungen erlassen werden sollen. Deutschland, das inmitten schärferer Krisen energische Anstrengungen gemacht habe, um seine Finanzen in Ordnung zu bringen, würde so nach der Berechnung d'Ormessons alljährlich 840 Millionen Mark weniger zu zahlen haben. Es könnte diese Mittel zur Arbeitslosenunterstützung, zum Abbau der Steuern und zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft verwenden. Gleichzeitig würde durch den Schuldenerlass sein Kredit so gestärkt werden, daß es ihm leichter sein würde, langfristige Kredite im Ausland zu erhalten. Frankreich, das die Initiative zu dieser finanziellen Solidaritätsaktion ergriffen müßte, könne sich gleichzeitig an die Vereinigten Staaten wenden, um von diesen einen Nachlaß der interalliierten Schuldensummen um ebenfalls 50 Prozent für zwei Jahre zu erwirken. Würden die Vereinigten Staaten sich dazu bereitfinden, dann würde der Zahlungsausfall für Frankreich rund eine Milliarde betragen, während England und die übrigen Alliierten in keiner Weise betroffen würden.

Um den Vorschlag für die öffentliche Meinung in Frankreich und Amerika schmackhaft zu machen, fügt Graf d'Ormesson eine wichtige Ergänzung hinzu: Deutschland und Frankreich müßten ein Abrüstungsabkommen miteinander abschließen, kraft dessen sie ihre Budgetausgaben für Rüstungszwecke während der beiden Jahre des Zahlungsnachlasses um je ein Zwölftel verminderten. Für Deutschland würde diese Herabsetzung 48 Millionen Mark, für Frankreich eine Milliarde Franken ausmachen. Frankreich würde auf diese Weise den Ausfall aus seinen Reparationsansprüchen wieder einsparen und hätte es nicht nötig, die Steuerlast zu vergrößern. Außerdem würde dieses Abrüstungsabkommen, zu dem auch die übrigen europäischen Nationen eingeladen werden könnten, der bevorstehenden Abrüstungskonferenz von vornherein ihren Erfolg sichern.

Graf d'Ormesson vertritt sich von der Annahme seines Vorschlages eine wesentliche Besserung nicht nur in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, sondern auch eine allgemeine Entspannung in der internationalen Atmosphäre. Er betont im übrigen, daß sein Vorschlag nicht das Werk einer Improvisation sei, sondern daß er sich mit allererf. Bestenleistungen aus allen Lagern und Parteien in Frankreich reichlich besprochen habe.

Wie weit allerdings Regierungskreise in beiden Ländern dahinter stehen — das ist nicht ersichtlich.

## Strafantrag im Tausendprozeß

### 6 Jahre wegen Gewohnheitsbetrügerei und Hochstapelei beantragt

München, 4. Febr. Zu Beginn der Mittwoch-Sitzung im Landgericht lehnte das Gericht sämtliche neuen Weisungsanträge der Verteidigung mit der Begründung ab, daß sie nicht geeignet seien, neue Aufklärung zu bringen.

Darauf begann Staatsanwalt Dr. Schäfer mit seinem Plädoyer.

Er führte u. a. aus, bis heute sei es noch niemand gelungen, Gold künstlich herzustellen. Obwohl die technischen Kenntnisse des Angeklagten die eines Laien nicht übersteigen, habe er sich an unlösliche Probleme herangemacht, wie die Quadratur des Kreises, die Goldherstellung, die Verdrümmung der Atome usw. Aber alle seine Erfindungen seien bei der wissenschaftlichen Nachprüfung als unbrauchbar befunden worden. Eingehend erörterte der Staatsanwalt dann die Frage, ob der Angeklagte darauf ausgegangen sei, sich einen Vermögensvorsprung zu beschaffen, oder ob er nur ein Opfer seiner Leidenschaft geworden sei, die ihn in die Rolle des Erfinders gefallen habe. Daß Tausend an seine Erfindung selbst nicht gelangt habe, gehe daraus hervor, daß er mit unüblichen Mitteln gearbeitet habe. Nach dem Gutachten der Sachverständigen sei das erstellte Gold zweifelslos hinzugefügt worden. Das gehe schon daraus hervor, daß das Goldergebnis einzelner Versuche im Verhältnis zum Ausgangsmaterial ein größeres gewesen sei, als es durch eine chemische Reaktion hätte erfolgen können.

Der Staatsanwalt kam weiter auf die Vorgänge bei Aufkündigung der Gesellschaft 164 und bei Gründung des Tausendprozeß-Studienvereins zu sprechen, wobei sich Tausend gleich 25 Prozent der sämtlichen Einnahmen zu teil gemacht habe. Damit sei auch sein materielles Interesse an der Gewinnung neuer Einzahler gegeben. Diese Einzahlungen betrugen bekanntlich 794 000 M. Der Staatsanwalt stellte fest, daß nach dem einseitigen Gutachten der Sachverständigen über die Erfolge, soweit sie über Milligrammlose hinausgingen,

nur durch bewusste, unehrliche Machenschaften erzielt sein könnten.

Einen größeren Raum nahm auch die Besprechung der Verurteilung in der Staatslichen Münze in Anspruch. Der Staatsanwalt bezeichnete es als wahrscheinlich, daß der Angeklagte, dessen Goldfüßchenhalter spurlos verschwunden ist, diesen selbst habe verschwinden lassen und daß aus diesem Verschwinden des Halters der Erfolg in der Münze zu erklären sei. Es sei unmöglich, daß Tausend an sein Verfahren geglaubt habe. Sein Bestreben, die erhaltenen Summen

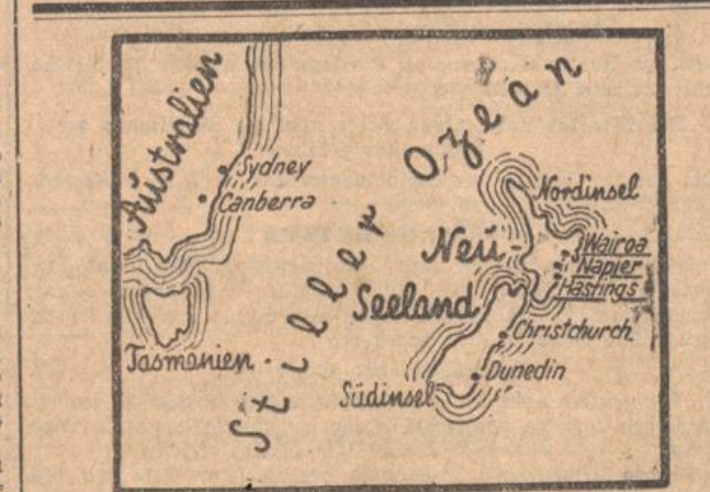
losgelöst in Grundstückskaufen

fest umzusetzen, spreche gegen seinen guten Willen.

Am Schluß seines Plädoyers, in dem er Tausend als einen streifenlosen Gewohnheitsbetrüger und internationalen Hochstapler,

bezeichnete, beantragte der Staatsanwalt wegen des fortgesetzten Betrübendens des Betrugsum Schädens der Mitglieber der Gesellschaft 164 und des Studienvereins insgesamt eine Gefängnisstrafe von 6 Jahren

abzüglich einer Unterhüftungsstrafe von einem Jahr sechs Monaten. Wegen der Niedrigkeit der im Fall Reinhold bemessenen Geldstrafe verlangte der Staatsanwalt für den Angeklagten 5 Jahre Ehrverlust. Die Kosten des Verfahrens sollen dem Angeklagten aufgebürdet und das gesamte Schmeltmaterial einschließlich des in der Kasserette befindlichen Goldes eingeschlagen werden. Wegen des Betrugsversuchs im Falle Dr. Dudelez wurde wegen Mangels an Beweisen Freisprechung beantragt. In dem Betrugsfall wegen des Darlehens von Dudelez wurde vorläufige Einstellung gefordert. Wegen den wölfischen Rechtsanwalts Dr. Dudelez, der heute nicht erschienen war, beantragte der Staatsanwalt eine Strafe von 1000 M. eventuell 10 Tage Haft.



Karte von Neuseeland, dem jüngsten Erdbebengebiet.



Schwere Erdbebenkatastrophe auf Neuseeland. Neuseeländische Landschaft.

### Das Erdbeben auf Neuseeland

Wellington, 4. Febr. Gestern Abend ist der Bechtel erstellte Morde, Kapier binen zwei Tagen zu räumen. Da das Kanalisationsystem zerstört ist, befürchten die Behörden den Ausbruch von Epidemien. Es werden immer noch Erdstöße wahrgenommen. Ganze Familien kampieren in Gärten oder längs der Straßen. Wie verlaunet, beschützigen die Behörden, mehrere Gebäude im Kapier in die Luft sprengen zu lassen, um eine Ausbreitung der Flammen zu verhindern. Tünn Klugene sind mit Apparaten zur Desinfektion des Wassers nach Kapier geflogen.

### Der Untergang der Stadt Hastings

London, 4. Febr. Die Stadt Hastings, die vollkommen durch das Erdbeben zerstört worden ist, mußte bis Mitternacht nicht, ob die Lukenwelt von ihrer Lage unterrichtet war oder nicht. Als der erste Stoß erfolgte, waren die Straßen und Geschäfte voller Menschen. Die zusammengeführten Gebäude gingen die Leute in Gefahr. Viele stürzten auf die Straße und wurden, sobald sie den Wüstenstern erreichten, von den Trümmern erschlagen. Ein Polizeistatist, der unmittelbar nach dem Erdstoß auf die Straße eilte, fand ein junges Mädchen auf mit dicht an den Knien abgeworfenen Beinen. Aus allen Stellen kamen Schreie von Frauen, Männern und Kindern, die unter den Trümmern begraben lagen. Ein Mann lag neun Stunden lang unter einem Stapel von Steinen und kam mit nur geringfügigen Verletzungen davon.

### Erhöhte Tätigkeit eines neuseeländischen Kraters

Wellington, 4. Febr. Der Salmaki schleudert infolge des Erdbebens mehrere Male am Tage Wasserfäden von 10 Meter Höhe hinaus.

### Englisches Wasserflugzeug abgestürzt

Im Hafen von Plymouth kühlte am Mittwoch nachmittags ein militärisches Wasserflugzeug ab. Beim Ausfliegen explodierte die Maschine. Von der 12 Mann starken Besatzung des Wasserflugzeuges wurden ein Offizier und sieben Soldaten sofort getötet und vier schwer verwundet. Ein schwer verwundeter Offizier erlief im Krankenhaus seinen Verletzungen. Das abgestürzte Flugzeug zählte zum Iris-Top.

### Bankrotverfahren gegen die Bank Duxrie

Paris, 4. Febr. In seiner gestrigen Sitzung hat das Pariser Gericht die bereits gerichtliche verhängte Liquidierung der Bank Duxrie in die Einleitung des Bankrotverfahrens gegen die Bank unternehmen umgewandelt.

# Freistaat Baden

## Aus der Geschäftsordnungskommission des Landtages

wird uns geschrieben:

Behandelt wird zunächst ein Antrag der Staatsanwaltschaft um Aufhebung der Immunität des Nationalsozialisten Hrn. Köhler, der in einer öffentlichen Versammlung während der Wahlzeit sich in unflätiger Weise über das Parlament äußerte. Die Kommission hat die Ansicht, daß ein hinreichender Grund für die Aufhebung der Immunität nicht vorliegt und lehnt das Verlangen ab.

Der zweite Behandlungsgegenstand betraf die Abänderung resp. Ergänzung der jetzt bestehenden Geschäftsordnung im Hinblick auf die neuerdings eingetragene Art, Anträge oder Anfragen im Landtag einzubringen, die einmündig nicht zu seiner Kompetenz gehören oder abschließliche Beschlüsse gegenüber Parlament oder Regierung enthalten. In der Aussprache zeigte sich die erfreuliche Tatsache, daß außer den Nationalsozialisten alle Parteipolitiker einig sind, daß dem Präsidium des Landtags entsprechende Ermächtigung erteilt wird, derartige Anträge oder Anfragen zurückzuweisen. Demgemäß soll der § 31 eine entsprechende Fassung erhalten, die also einer ziemlichen Vereinfachung gleichkommt. Mit dieser Maßnahme soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Landesvertretung ihr Ansehen wahrt und daß unnütze Zeit- und Geldverschwendung vermieden wird. Gelegentlich soll die gesamte Geschäftsordnung des Landtags einer Reform unterzogen werden.

### Das Zugabe-Verbot beim Wareneinkauf

Mit einem Zentrumsantrag hatte sich der Rechtsplegeausschuß des Landtags zu beschäftigen, die badische Regierung solle bei der Beschaffung von Waren und beim Einkauf für die Landesverwaltung im Rahmen des Reichsrechts ein Zugabeverbot beim Wareneinkauf erlassen.

Nach längerer Beratung, in welcher u. a. seitens der Regierung auf die Wichtigkeit des Zugabewesens hingewiesen wird, erfolgte die Annahme des vom Berichterstatter Markloff (Soz.) vorgelegenen Antrages: „Die Regierung wird ersucht, bei der Beschaffung von Waren im Rahmen des Reichsrechts ein Zugabeverbot beim Wareneinkauf zu erlassen.“

### Pfarrer Eckert gegen den badischen Oberkirchenrat

Pfarrer Eckert, Mannheim, der Führer der badischen religiösen Sozialisten, hat in einem Brief an den Präsidenten der Evangelischen Landeskirche den Präsidenten der evangelischen Kirchenleitung und des evangelischen Bistums seine Dienstverpflichtung an den Oberkirchenrat, die vom Präsidenten getroffen und von Eckert in seinem Brief ausführlich dargestellten Maßnahmen schließt, in dem Brief die Gründe für seine Ablehnung der Maßnahmen darlegt. Er beantragt die sofortige Einleitung eines dienstrechtlichen Verfahrens gegen sich, um festzustellen, ob seine Anklage an Recht besteht.

### Heidelberger Aka und Studentengelder

#### Eine nette Finanzgebarung

Die von den Studenten pro Semester zu zahlenden Beiträge an den Allgemeinen Studentenausschuß ergeben in der Regel recht beträchtliche Summen. Ueber die Verwendung solcher Gelder dringt aber meist wenig über die Hochschule hinaus; umso interessanter ist es, einmal über die Finanzgebarung des Heidelberger Aka etwas zu erfahren, in dem die Nationalsozialisten bekanntlich den Aka anleihen.

In Heidelberg war der Kopfbeitrag zur studentischen Selbstverwaltung ursprünglich auf drei Mark festgelegt. Nach Einspruch des badischen Ministeriums mußte er auf zwei Mark herabgesetzt werden. Bei der Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplans war es die erste Tat der Nationalsozialisten, auf diese unwirtschaftliche Kürzung der Einnahmen mit einer ebenso unwirtschaftlichen Kürzung der Ausgaben zu reagieren! Der abzuführende Betrag an die Wirtschaftshilfe wurde von 50 Pfa. auf 20 Pfa., der für den Tuberkulosefonds von 35 Pfa. auf 12 Pfa. herabgesetzt. Dabei trifft aber keineswegs zu, daß die Mittel für solche Zwecke nicht vorhanden waren. Die Einnahmen betragen bei 2000 Studenten rund 5000 M. Und auf der Ausgabe Seite sind u. a. folgende Posten: Nichtst 904,75 M., Adelsua 412,50 M., eine zweite Schreibmaschine sowie eine Reisküchmaschine 392,40 M., Schulpolitische Arbeit, d. h. Besuch von zwei Tagungen 567,05 M., Besuch einer Tagung durch das „Amt für Hochschulreform“ 100 M., macht zusammen 2466,70 M. Diese Ausgaben sind ohne bewußte Bewilligung gemacht worden. Und mit den etatsmäßig vorhandenen Geldern, die der Abführung eines Beitrags von 114 M. zum Bau des Studentencafes und des Beitrags zur Tuberkulosehilfe, ist man im Rückstand.

Die für soziale Gefinnung wenig Verständnis zeigt, ist eine Unterrichtsverwaltung, die in der Weise gelehrt worden, die binnen kurzem die gesamte Hochschulpolitik in die Hände der Nationalsozialisten übertrifft. Die Aka etwas sehr plötzlich dahingegangen, und die Verantwortlichkeit ist künftig davor bewahrt, sich mit der Hauswirtschaft dieser Körperschaft beschäftigen zu müssen.

### Der Hakenkreuz-Morix

#### Eine verfrachtete Führer-Sensation

Der nationalsozialistische Führer geht auf seine bemerkenswerte Mangel eines besseren Raders läßt sich die angebliche „Rote Luft“ durch einen gewissen Gottfried Jarow in langatmigen Artikeln herauszerren. Auf den Anhalt weiter einzugehen, verlohnt sich nicht, da sie alle den gleichen Leuten geschlagen sind, den wir schon im „Hakenkreuz-Morix“ auseinandergesetzt. Doch verlohnt sich, nochmals auf die Person dieses Gottfried Jarow einzugehen, dessen Persönlichkeit durch folgende Feststellung des badischen Ministeriums aus der Redaktion der Mannheimer Zeitung hervorgeht:

Der ehemalige Provinzialinspektor Morix hat sich 1920 mit als Kandidat in einem Prozeß angeboten, den der Nationalverband der

# Landtag und Steuern

## Der Finanzminister zu den Steueranträgen - Ein bunter Redereigen

16. Sitzung  
16. h. v. Karlsruhe, 4. Februar 1931.

Die an sich trodene, aber doch für die Gesamtbevölkerung sehr wichtige Auseinandersetzung über die

### Steueranträge

wird heute fortgesetzt. Den Auftakt der Debatte gibt

#### Finanzminister Dr. Schmitt,

der sich vornehmlich mit der Gebäudesteuer befaßt. Diese Steuer sei eine Ausnahmesteuer, die zu den kompliziertesten Steuern gehöre. Es müsse aber dieser Steuer gegenüber unterchieden werden zwischen grundsätzlicher Stellungnahme und praktischer Politik. Der Redner verweist auf Sachien, wo Minister aus den Reihen der Wirtschaftspartei auch nicht die Aufhebung dieser Steuer ohne weiteres durchzuführen konnten. Sollte man die Bürgersteuer eingeführt, würde man jetzt, nachdem das Reich diese Steuer bringt, vor einem Nichts stehen. Wer seinen Willen nicht erlösen, wie er Ausgaben sparen will oder wie er Ausgaben anderweitig decken will. Wenn der Landtag eine Ausgabe beschließt, muß er auch für die Deckung sorgen. — Für die Feststellung der Friedensmiete war einzig und allein das Reichsgesetz maßgebend. Dies wurde in einem Rundschreiben an die Gemeinden festgelegt, ebenso das Zulassenschießen abgesehen. Der Begriff der Friedensmiete ist nicht unklar. Bei allen Ueberwägungen muß ein Vergleichsmessstab vorhanden sein, jede Umlegung hat nach dem Begriff der Friedensmiete zu erfolgen. Der Redner verweist auf verschiedene Verordnungen und Erlasse des Staatsministeriums, in denen bezüglich der Veranlagung zur Steuer wie auch hinsichtlich der Zahlung der Steuer weitgehende Rücksichtnahme angeordnet wird.

Hr. Veschleiter (Kom.) erhebt sich in heftigen Angriffen gegen das Zentrum, wobei er sich einen Ordnungsruf ausieht. Er droht den Hausbesitzern, daß ihnen die Mieter der Garagen machen würden. Die Anträge, die keine Partei stellen, würden erst verwirklicht werden, wenn das Volk die Macht in Händen habe. Der Redner sprach vor fast leerem Hause. Der Redner erhält wegen seiner Angriffe auf die badische Geländekasse in Berlin einen zweiten Ordnungsruf. — Finanzminister Dr. Schmitt stellte einige unwahre Behauptungen des Vorredners richtig.

Hr. Köhler (NS.) tut so, als ob ein Nationalsozialist auch etwas von Steuern verstände. Hauptächlich richtet er aber Angriffe gegen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie. Wegen der Diäten des Abgeordneten Sprenger gerät der Redner mit den Kommunisten aneinander. Ein Glüd, daß dieser unimpathische und gehässige Redner des Hauses sich infolge seines überlauten Schreies immer sehr rasch heiser redet. — Hr. Dr. Mattes (Dpa.) befaßt sich zunächst mit der Gebäudesteuer. Diese Steuer entbehre der moralischen Grundlage. Es sei fälsch, freierwählende Mittel zur Senkung der Realsteuern zu verwenden. Die Veranlagung von Gebäudesteueranteilen zu Reparaturen sei bedenklich. Die Neubausätze könne dadurch leiden. Es muß ein ausgleichender Staatsparanischlag vorgelegt werden, die Abgabe hierzu zu suchen, ist Sache der Regierung. Man solle in Deutschland aufhören, doch immer die eine Vermaltung der anderen vorzuziehen, zu sparen. Das Verlangen der Parteifreunde (des Redners) im Reich auf Kürzung der Ueberweisungen an die Länder sei fälsch. Die Regierung möge bald ihr Sparprogramm vorlegen. Möge dieses Sparprogramm dann eine mutige Regierung und einen mutigen Landtag finden. — Nach einer kurzen Erklärung des Finanzministers Dr. Schmitt wird gegen 11 Uhr die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag normittag 9 Uhr festgelegt.

deutschen Offiziere gegen mich angestrengt hatte. Es handelte sich damals um die Beweissführung der Diebstähle hinter der Front und auch der Offiziere des Frontheeres. Morix hat sich mir damals als Zeuge angeboten und mir auch Material in Aussicht gestellt. Ich erinnere mich noch, daß ich eine längere Unterredung mit ihm hatte, aber sein Auftreten hatte mich etwas misstrauisch gemacht. Zu dem Prozeß ist es nicht gekommen. General Gutier hat die Klage nach Rücksprache mit dem Staatsanwalt fallen lassen. Material nahm ich von Morix nicht an, weil ich wegen seiner Unzuverlässigkeit Zweifel hatte.

### Mit Parteigrüß

Zimmermann.

Diese Feststellung steht im Einklang mit unseren bereits veröffentlichten Mitteilungen, daß dieser Hakenkreuz-Morix unmitttelbar nach dem Krieg sich bei der Sozialdemokratie mit Entschuldigungen angedienem versuchte, aber abgelehnt ist. Zimmermann hat er im September 1919 in der sozialdemokratischen Presse einen Artikel veröffentlicht: „Wer hat die Front erdolcht?“

Dieser Artikel schildert die Schlemmerei bei den hohen Stäben und führt wörtlich aus:

„Die Offiziere, die auftraten können und für sich und die unterstellten Offiziere nachweisen, daß sie sich bewußt und freudig dem § 1 der Kriegsverordnungsverordnung, monach es nur ein Feldpost für Offiziere und Mannschaften gibt, unterworfen haben, dürften dünn gesät sein.“

Morix zählt dann eine Zahl von Einzelfällen auf, in denen Offiziere hoher Stäbe „Sedat gelassen“ haben, während die Soldaten ein trodenes Brot bettelten. „Vorlich Geschick und Gewehrfeuer — im Rücken knallte der Sektkorken“, dies sind Worte, mit denen Morix einen fälschlemdenen General charakterisiert. Morix kommt zu dem Ergebnis:

„Ich muß betonen, daß mich heute noch ein unüberwindliches Ziel abhält, meine Kriegserinnerungen auch nur zu skizzieren und zu ordnen, schweige denn zu schreiben. Mit Scham und Grimm gedente ich der Monate Mai bis Juni 1917. Unsere Division kämpfte bei Bullecourt, Grandville usw. die große Uebermühschaft, Glühende Hitze und kein Mineralwasser; größte Kräfteanstrengung und kaum genügend Marmelade. Und hinter uns gab es Butter, Eier und Fleisch — beim Divisionsskab.“

Es hat im Felde zweierlei Ziel gegeben, sowohl im gemeinen Recht wie in jenem, das im täglichen Spießjessetel zum Ausdruck gekommen ist. Und ich sehe als tiefsten Grund des 9. November 1918: den Hunger der Soldaten und die Schmelzerei eines großen Teiles der Offiziere.“

Der Führer wird sich hüten, diesen Morix zu Wort kommen zu lassen.

### Felddienstübung der Nazis und Stahlhelmer in der Nähe von Freiburg

Die Freiburger Volksmacht berichtet: „Am Sonntag haben die Nazis und Stahlhelmer auf dem Gelände des Fürsten von Hohenzollern in Umkirch bei Freiburg eines ihrer Kriegsspiele abgehalten. Es bestand in Feuerstern und Handarantenturnen (die Handgranaten wurden durch entsprechende Hilfsmittel markiert). Das Nazi-Publikum, das als Zuschauer dem „Spiel“ folgte, leistete den Wolanskiern lebhaften Beifall. Die Nazi- und Stahlhelmer „Armee“ bestand aus 74 Mann bzw. Frauen. Die Herren Führer hatten Offiziersumhänge angelegt, damit sie vor der Sammelherde ausgezeichnet waren und sich so ein wenig als „Feldherr“ fühlen konnten. Derartige Uebungen soll es in der Kaiserhühler Gegend öfters geben. Vielleicht interessiert sich auch die Polizei einmal für diese Vorübungen der Nazis und Stahlhelmer für den Nord an eigenen Volksgenossen.“

### Landtagsabg. Habermehl-Pforzheim

Der seit langem Mitglied der deutschnationalen Fraktion war, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Im Gegenlatz zu vielen seiner Parteifreunde genos er durch sein sozialistisches Wesen auch außerhalb seines Kreises allgemeine Achtung.

### Der Verein der Titize-Interessenten wendet sich in längeren Erklärungen gegen die Schluchsewerter-M.G.

### Volkswirtschaft

Eisenwerke Goggenau G.m.b.H. Goggenau. Die Gesellschaft ist mit einem Kapital von 100 000 RM. in Goggenau gegründet worden. Zweck des Unternehmens ist die Produktion von Gas- und Kohlenbrennern, Gasbefeugern und Wabefen, in den früheren Klümmen der in Klümmen bestehenden Aktiengesellschaft.

# Aus aller Welt

### Biscator freigelassen

Mag. Berlin, 4. Febr. Das Amtsgericht Charlottenburg hat heute mittag den Theaterdirektor Biscator dem Antrage des Beiratsamtes Schöneberg entsprechend aus der Haft entlassen.

### Verhaftung des Brandenburger Bahnpolsträubers

Brandenburg, 4. Febr. Die Ermittlungen in der Diebstahlsangelegenheit auf dem Brandenburger Bahnhof haben zur Verhaftung des früheren Ingenieurs Kexroth aus Brandenburg geführt, der nach dem bisherigen Stand der Untersuchung als der Täter angesehen ist.

### Rückgang der Grippe in Basel

Basel, 4. Febr. Nach einer Mitteilung des Gesundheitsamtes ist in Basel ein bedeutender Rückgang der Grippe zu verzeichnen. In der Woche vom 25. bis 31. Januar wurden 1641 neue Fälle gemeldet gegen 2238 in der Vorwoche.

### Betriebsunfall im Heilbronner Hauptbahnhof

Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Im Heilbronner Hauptbahnhof ist am Mittwoch, 4. Febr., um 17.28 Uhr eine Lokomotive auf den Schluß des zur Abfahrt nach Eppingen bereitstehenden Personenzuges 322 aufgestoßen. Dabei sind 24 Reisende, die in den letzten Personenzug saßen, leicht verletzt worden. Der Bahnarzt und die Sanitäter waren sofort zur Stelle. Sämtliche Verletzte konnten nach Anlegung eines Notverbandes die Fahrt mit dem Personenzug 318, Heilbronn ab 18.23 Uhr, fortsetzen. Die beiden Personenzüge wurden leicht beschädigt. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet.

### Blutige Erwerbslosentkundgebung in Böhmen

Prag, 4. Febr. (Eig. Draht.) Am Mittwoch nachmittag wurden im Verlauf einer kommunistischen Erwerbslosen-Demonstration 3 Arbeiter getötet und acht schwer verletzt.

### Rahfälligung bei Fremdenlegion

In Oran wurden zwei Eingeborene verhaftet, weil sie zahlreichen Soldaten vom ersten Regiment der Fremdenlegion zur Flucht verholfen haben sollen. Die beiden Verhafteten fabrizierten fälschliche Pässe und verlaufen sie gegen klingende Münze an desertierende Fremdenlegionäre. Zwei Legionäre wurden in dem Augenblick verhaftet, als sie für 1600 Fr. fälschliche Papiere erworben hatten.

### Schulstreik

In Waldenau bei Siegen sind am Mittwoch von 130 Schülern der katholischen Volkshochschule 60 auf Anordnung ihrer Eltern in den Schulstreik getreten. Der Streik wurde proklamiert, nachdem die Elternschaft verächtlich die Abberufung des Hauslehrers geschildert hatte. An sich war die Verlegung des Lehrers angeordnet. Sie hat sich jedoch durch irgend welche Umstände verzögert.

### Vertreter der Bauernschaft beim Reichslanzler

Vertreter der Bauernschaft wurden vom Reichskanzler zur Aussprache über die agrarpolitische Lage empfangen. Die Vertreter der Bauernschaft wiesen auf die außerordentlich schlimme Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft hin, hervorgerufen durch die Konkurrenz des Auslandes unter gleichzeitiger Verteuerung der Futtermittelbasis und verhängt durch das Fehlen leistungsfähiger Absatzorganisationen.

### Genf vor dem Reichsrat

Der Auswärtige Ausschuß des Reichsrats hat einen Bericht des Reichsaussenministers Dr. Curtius über die Genfer Völkerbundkonferenzen des Ministers entgegengenommen. Nach den einmündigen Beschlüssen des Ministers sprach der preussische Vertreter, Ministerialdirektor Hobis, dem Minister in warmen Worten den Dank und die Anerkennung für das in Genf Geleistete aus.

### Der „Angriff“ verboten

Mag. Berlin, 4. Febr. Der Polizeipräsident hat die nationalsozialistische Zeitung „Der Angriff“ bis zum 16. Februar verboten. Der Grund des Verbotes ist, wie wir erfahren, die Darstellung des Mattes in der gestrigen Nummer über die Zusammenkünfte in Mesbach, in der eine ausdrückliche Billigung von Gewalttaten zu sehen sei.

### Die Arbeitslosenkommision

Mag. Berlin, 5. Febr. Die von der Reichsregierung eingeleitete Kommission zur Untersuchung des Problems der Arbeitslosigkeit tritt heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen, um das Programm für die Durchführung ihrer Arbeiten festzustellen.

# Traumaplast

der beste Wundverband

Zu haben in Apoth. u. Drog. in Packungen von 20 Pfg. an



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

5. März 1861 \*Sozialistische Dichterin Clara Müller-Jabnte.  
— 1881 \*Englischer Schriftsteller Th. Carline. — 1918 Trennung  
von Kirche und Staat in Rußland. — 1919 Erstes deutsches Ver-  
kehrsflugzeug Harter (Berlin-Weimar). — 1930 Attentat auf Prä-  
sident Rubio (Mexiko).

## Brotpreise in Karlsruhe

Von eingeweihter Seite wird uns geschrieben: In hiesigen Tageszeitungen ist dieser Tage angekündigt worden, daß die Mehlpreise stark im Steigen begriffen seien, so daß die Bäcker gezwungen seien, in nächster Zeit eine Steigerung der Brotpreise vornehmen zu müssen. Es wurde dabei behauptet, daß das Weizenmehl gegenüber November und Dezember letzten Jahres um 1,25 M. und Roggenmehl um 2,25 M. je 100 Kilogramm angezogen habe. Ein Mehlpriestauschlag von 90 Pfg. je 100 Kilogramm Brotmehl würde einen Preisaufschlag von 1 Pfg. je großer Laib (3 Pfund) rechtfertigen. — Es ist auffallend, wie eifrig die Bäcker bei der Hand sind, mit dem Brot aufzuschlagen, wenn das Mehl nur etwas im Preise ansteigt. Wenn es nur auch so wäre bei rückläufigen Mehlpreisen. Wenn man beispielsweise die hiesigen Mehlbörserpreise und Brotpreise auf einige Jahre zurück verfolgt, so kann man die verblüffende Tatsache feststellen, daß vom Frühjahr 1928 bis Herbst 1928 die Brotmehlprieste um etwa 6—7 M. je 100 Kilogramm zurückgingen und mit geringen Schwankungen auch um diese Differenz zurückblieben. Trotzdem ist es den Bäckern bis November 1930 nicht eingefallen, einen Brotpreisaufschlag eintreten zu lassen. Und jetzt, nachdem gegenüber dem Mehlpreis von Mitte November letzten Jahres, auf den der letzte Brotpreisaufschlag beruht, eine Steigerung des Weizenmehls von 50 Pfg. und des Roggenmehls von etwa 40 Pfg. je 100 Kilogramm eingetreten ist — also nicht 1,25 M. und 2,25 M., wie man der Bevölkerung gerne glaubhaft machen möchte — kommt man und will schnell wieder einen Brotpreisaufschlag vornehmen. Es scheint gerade, als wollten die hiesigen Bäcker aus der Preisabbaufaktion noch ein besonderes Geschäft machen.

Von der Senkung der Kohlenpreise wird gesagt, daß dieselbe auf die Brotpreise keinen Einfluß hätte. Bei einer Steigerung der Kohlenpreise würde sicherlich nicht dasselbe behauptet werden. Und wie verhält es sich denn mit der Senkung der Gehilfenlöhne? Hieron ist auffallenderweise nichts erwähnt worden. Wenn sie noch nicht da ist, dann kommt sie wohl „unter Garantie“ nicht? Man muß den Herren Bäckern schon raten, mit ihrem Preisaufschlag etwas langsam zu tun; sie mögen doch wenigstens so lange warten, als sie noch vom billigen Mehl haben.

## Technischer Fortschritt, Arbeitslosigkeit und Sozialismus

Vortrag von Professor Lederer

Ueber dieses zeitgemäße Thema sprach am Dienstagabend der bekannte Nationalökonom Universitätsprofessor Dr. Lederer in Heidelberg in einem von der sozialistischen Studentengruppe veranstalteten Vortragsabend im Saale des Friedrichshofes. Lederer ist Sozialdemokrat und hat sich außerdem als Herausgeber der Weltwirtschaftlichen Korrespondenz einen Namen gemacht. Der Vortragende sprach, auch das Thema des Abends nicht nur den Arbeiter, sondern auch die anderen Stände, insbesondere aber auch den Akademiker insoweit an, daß nach weiteren einleitenden Worten ergriffen die Reden den Kern des Wortes. Seinem nahezu 1 1/2 stündigen Vortrag legte er kurz zusammenfassend etwa folgende Gedanken zugrunde:

Wenn wir den Fortschritt der Menschheit seit Jahrhunderten ins Auge fassen, so ist eine vollständige Umwälzung im System der Gütererzeugung festzustellen. Der frühere handwerksmäßige Betrieb wurde durch die fabrikmäßige Produktion abgelöst. Das Ziel der Vereinfachung hat wohl immer bestanden. Heute haben wir aber eine viel reichere Entwicklung dieser Vereinfachung, die gefährliche Formen für die gesamte Wirtschaft angenommen hat. Die Erfindung der Maschine brachte wohl Arbeitserleichterungen auf allen Gebieten, hatte aber auch das Elend im Gefolge. Es liegt ein notwendiger Prozeß vor, der aber in seinen Wirkungen zweifelhafte Natur ist. Er wirkt sich für die beiden Wirtschaftsklassen unterschieden aus. In den fünf großen Industrien von heute werden nicht mehr Arbeiter beschäftigt wie bei geringerer Produktion vor dem Kriege. Das Gebälge der Produktion ist wohl ausgebaut, aber viele Arbeitskräfte sind aus dem Produktionsprozeß hinausgedrängt, in der Landwirtschaft sowohl, wie im Bergbau, in der chemischen Industrie und im Bauwesen.

Der technische Fortschritt wirkt sich heute grundverschieden wie vor 100 Jahren aus. Damals hat er neue Industrien geschaffen, heute sind neue Unternehmungen fast unmöglich. Durch die Kartelle werden die kleinen Betriebe immer mehr aufzueigen. Resultat: Die Preise sinken nicht und die Zahl der Arbeiter steigt nicht. Am Gegenteil. Es wird heute mit viel weniger Arbeitskräften produziert. Das Kernstück ist die neue Produktionsmethode. Heute ist der Anstelltenförmiger gegenüber der Wirtschaft noch aufgebliht. Aber die Technik ist eifrig am Werke auch den Anstelltenförmiger möglichst zu reduzieren. Es muß aber zugegeben werden, daß der technische Fortschritt nicht allein an dem Uebel schuld ist. Es liegt auch an den politischen Verhältnissen, daß die Wirtschaft nicht hochkommen kann. Infolge der Unsicherheit der politischen Verhältnisse ist viel Kapital in die Schweiz geflüchtet, so daß dort der Zinsfuß auf 2 Prozent herabgesunken ist. Vorläufig ist also die „Zinsnechtheit“ nur in der Schweiz gebrochen. (Beitrag.)

Im letzten Teil seiner Ausführungen behandelte der Redner die Frage: „Haben wir überhaupt Mittel und Wege die Wirkungen dieses Prozesses zu paralysieren, d. h. ihn seinen gefährlichen Charakter zu nehmen?“ Tatsache ist: Den technischen Fortschritt können und wollen wir nicht hemmen. Es will heute niemand mehr in der Vergangenheit fahren. Aber der Gedanke der Pflege des Arbeitsmarktes kann nicht aus dem Auge gelassen werden. Notwendig sind Kontrollinstanzen des Kreditwesens. Die Entwicklung muß amwagsläufig auf die planmäßige Wirtschaft hin. Die Lösung muß in einem anderen System wie im Kapitalismus gesucht werden, in der Kontrolle der Produktionskräfte. Die Regelung der Produktionskräfte ist der wirtschaftliche Denken auf Abwege. Mit bloßem Wort und der Gewalt der Faust kann nichts erreicht werden. Gewalt ist aber nicht Macht, da sich Gewalt immer taub löst. Die Aufgaben der Gesellschaft liegen nicht im Verstören, sondern im Aufbau und aufbauen kann man nur aus Vorhandenem. Unsere Erkenntnis kann nur schöpfen aus den gegenwärtigen Verhältnissen und nicht aus phantastischen Ideen. Nur in der Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft liegt die Lösung. Alles andere scheitert an der Macht der Tatsachen.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Da eine Diskussion nicht gewünscht wurde, konnte der Vortragende leider nicht übermäßig stark beachtete Versammlung kurz nach 10 Uhr schließen.

# Einzug der Sozialdemokratie in die Kreisversammlung

Keminniszenzen aus der Vorkriegszeit von Fr. Sch.

Nachdem die Kreisabordneten- und Kreisratswahlen des Kreises Karlsruhe den Platz eines großen Erfolgs gebracht haben, seien in die am 27. u. 28. März stattfindende Kreisversammlung erstmals Parteimitglieder und zwar in einer Stärke von 24 Mann ein. Diese Mitglieder werden die Basis in erster Linie sein. „Noch nicht abgesehen“, denn hätten die Volksbeauftragten des Jahres 1919 dem Volke nicht das freie Wahlrecht der Welt gegeben, wäre den Kreis dieser Einzugs ins Karlsruher Kreisparlament nicht so leicht gewesen. Dieser Einzugs der Basis in die Kreisversammlung Karlsruhe gibt Veranlassung, auf den ersten Einzugs der Sozialdemokratie im Jahre 1914 zurückzublicken.

In der Vorkriegszeit war die Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe ganz anders zusammengesetzt als heute. Sie wurde gebildet zunächst aus den fünf größten Grundbesitzern des Kreises; das waren: Prinz Maximilian, Markgraf von Baden, in Karlsruhe, 2. Peter Freiherr von und zu Mensingen in Mensingen, 3. Viktor Freiherr Schilling von Conzstätt in Hohenwettershof, 4. Wilhelm Freiherr von St. André in Königsbach und 5. Eduard Werten, Gutsbesitzer in Durlach. Dann kamen 30 Vertreter der Städte und Gemeinden und schließlich die 48 gewählten Vertreter des Volkes. Diese Volksvertreter wurden aber nicht gewählt im direkten Wahlrecht, sondern im Proporz, indem in einem vorläufigen, indirekten Wahlverfahren, dessen Durchführung den Parteien nicht nur sehr hohe Kosten, sondern auch rechtliche Mühe verursachte. Es mußten 1. 3 die Wähler der Stadt Forstheim in 11 Bezirken 28 Wahlmänner wählen, denen es vorbehalten war, die 3 der Stadt Forstheim zugehörigen Kreisabordneten zu wählen. Das unter solchen Umständen die meisten politischen Parteien auf eine Kandidatenaufstellung verzichteten, ist klar und so wurde das Feld viele Jahre lang neidlos den damals herrschenden Nationalliberalen — in katholischen Gemeinden dem Zentrum — überlassen. Die Wahlbeteiligung war unter solchen Umständen sehr gering; in einzelnen Wahlbezirken gaben nur die Mitglieder der amtlichen Wahlkommission ihre Stimme ab. Dieser Umstand veranlaßte im Jahre 1913 den sozialdemokratischen Parteiausflug in Forstheim zu einer Ueberrumpelungsaktion. Ohne eine Parteierklärung zu betonen, ließen sich diese vier Wahlmänner zusammen, stellten in aller Stille aus eigener Machtvollkommenheit in all den Bezirken der Stadt, wo eingeschriebene Parteimitglieder 28 Wahlmännerkandidaten auf, ließen die Stimmzettel drucken und veränderten am Wahltag morgen mit der Post dieselben neben einem feinen Handzettel, in welchem letzterem die Parteimitglieder aufgeführt wurden, in den Mittagsstunden — die Wahlzeit war von 11—1 Uhr mittags — den beifolgenden Stimmzettel in ihrem Wahlbezirk abzugeben. Die Sache klappte vorzüglich. Die nationalliberale Parteileitung war nicht wenig überrascht, als nach 12 Uhr zahlreiche Wähler antrifft. Und als um 1 Uhr die Wahlhandlung geschlossen und die Ausschaltung der Stimmen vorgenommen wurde, waren in 2 Bezirken 48 bürgerliche und in 9 Bezirken 28 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Die nationalliberale Parteileitung schämte vor Zorn. Aber es war nichts zu machen. Bei der Wahl der Kreisabordneten am 3. Dezember 1913 wurden mit 228 gegen 48 Stimmen die Genossen Rebalter Friedrich Schübeler, Fritz Adolf Bauhoff und Fritz Ernst Friedrich Müller als Kreisabordnete in die Kreisversammlung Karlsruhe gewählt. Auf ähnliche Weise wurde auch in einigen anderen Wahlbezirken verfahren, so daß mit den drei Genannten auch noch die Genossen Stadler Eugen G. e. in Karlsruhe, Goldarbeiter August W. a. b. in Forstheim, der damalige Fabrikarbeiter Karl J. a. d. in Gröningen, Gemeinderat Wilhelm Steinhauser in Königsbach als sozialdemokratische Vertreter in die am 30. März 1914 laufende Kreisversammlung des Kreises Karlsruhe gewählt wurden. Diese Genossen bildeten die roten Spitze im leiblich sozialistischen Karneval.

So interessant war die Wahl, war auch der Verlauf dieser erstmals von Sozialdemokraten durchgeführten Kreisversammlung. Verhandlungsort war schon damals, wie heute, der Karlsruher große Rathsaal. Als die sozialdemokratischen Kreisabordneten bestanden, in welcher die Redner zu den verschiedenen Positionen bestimmt worden waren, zur sechsteiligen Stunde in den Saal einzutreten fanden die Vertreter herum, statt ihre Plätze einzunehmen. Beiseitigen ließen zunächst die sozialdemokratischen Neulinge im Hintergrunde stehen. Als aber eine Viertelstunde über den Zeitpunkt des Anfangs der Versammlung verstrichen, ohne daß die bürgerlichen Abgeordneten Miene, machen, sich auf den Sitzplätzen niederzulassen, machten die sieben Sozialdemokraten den An-

fang und nahmen auf der zweiten Stuhlfreihe Platz. Die bürgerlichen blieben sitzen. Warum? Auf einmal wurde das Rätsel gelöst: Unter Führung des Kreisvorsitzenden Dr. Seidenbader wurde so eine vorläufige Einrichtung jener Zeit — betrat Max und die übrigen „erlauchten Herrschaften“ den Saal und nahmen auf der ersten Stuhlfreihe Platz. Jetzt blieben auch die bürgerlichen Kreisvertreter den Zeitpunkt für gekommen, sich an ihren Altermertenen niederzulassen und die Verhandlungen fortzusetzen. Kreisvorsitzender war damals der Durlacher Bürgermeister Dr. Reichert. Die Kreisabordnete waren aber nicht, wie heute, in der Hand des Vorsitzenden vereinigt, sondern die einzelnen Repräsentanten waren auf die verschiedenen Kreise verteilt. Die Verhandlungen wickelten sich in der Kreisversammlung in der Regel ab. Der Versammlungsvorsitzende erteilte das Wort an seinen Repräsentanten, der Kreisrat, dieser verliest den Antrag und erklärt dem Druckbericht: nichts beizusetzen zu haben. Das Wort wird nicht verlangt, wir kommen zur Abstimmung. „Der Antrag wird angenommen.“

Diesmal war es aber etwas anders. Gleich bei der Position „Unterhaltung der Kreisstraßen“ meldet sich als erster unter den hiesigen Schübeler, Forstheim. Etwas erstaunt legt der Vorsitzende, Oberbürgermeister Seidenbader, das Wort bei der Kreisabordnete Dr. Schübeler. Das Wort hat der Kreisabordnete Dr. Schübeler. „Dr.“ ermahnt zu sein, glaubt sich verhalten zu haben und ignoriert die Titelverleumdung. Temperamentvoll tritt er für bessere Unterhaltung und Teuerung der Kreisstraßen Forstheim — Breiten ein und beklagt die Subventionierung einer der Bauhilfen Arbeiter nach der Arbeitsstätte in Forstheim führenden privaten Autolinie. Des weiteren rüde er die mangelnde Bezahlung der Kreisstraßenwärter und verlangte reichere Bezahlung der verdienten Tagelöhner. Auch Genosse Rebalter G. e. d. Karlsruhe, unterstützte die Forderungen, deren Wichtigkeit er ausdrücklich hervorhob. Gen. Kreisab. W. a. b. Forstheim, tritt Springer Straßenmündung.

Bei der folgenden Position „Gesellschaft Armenvereine des Kreises als Vorkommensverband“ werden vom Referenten Einparitäten hervorgehoben. Wieder meldet sich Gen. Schübeler. Forstheim zum Wort und abermals legt der Vorsitzende: „Das Wort hat der Herr Kreisab. Dr. Schübeler.“ Diesmal war der Kreisabordnete Dr. Schübeler. Er protestiert zunächst dagegen, daß man auf Kosten der Armen Einparitäten macht und erklärt zum Schluß seiner Ausführungen, daß ihm der Doktor-Titel nicht aufkomme. Da erhebt sich der unmittelbar vor ihm sitzende Max, dreht sich um und sagt: „Aber reden tut er wie ein Doktor.“ Allgemeines fröhliches Gelächter, in das auch die Sozialdemokraten mit einmischen.

Auch im weiteren Verlauf der Verhandlungen stellten sich die Genossen ihren Mann. Bei der Position „Förderung der Arbeitervereine“ gab es einen heftigen Zusammenstoß mit dem Referenten von Forstheim. Unter Genosse Kreisab. Steinhauser in Forstheim hatte sich für Subvention der Eigenausüberrunde und Kreisab. Schübeler in Forstheim, für die Förderung der Raufschmiederei eingeleitet; man dürfe, die Kuh des Kreises, die die Arbeiter nicht verlassen, und die Raufschmiederei behalte viel für die Gesundheit zu müssen, daß eine Unterfütterung der Eigen- und Raufschmiederei durch den Kreis sich erübrige, da je diese ionische Landwirten unfreiwillig unterfüttert würden, indem kein nennenswerter Futter anbaue, sondern das einfach von den Landwirten und Knechten der Bauern hole. Das unter Genossen der Kreisversammlung dem freiberuflichen Großagraren auf die Diebstahlsbeihilfung der Raufschmiederei und Eigenausüberrunde laizige Antwort nicht schuldig blieben, ist selbstverständlich.

So kann gesagt werden, daß unsere Vertreter in der Kreisversammlung waren in äußerst harter Weise für die Sache ihrer Wähler eintraten, aber in ihrem höchsten Auftrage, die auf Vorbehaltsrechte abhoben von dem Gebahren der Partei ihrem ersten Auftreten in der Kreisversammlung Karlsruhe.

## Aus Vereinen und Organisationen

### Generalversammlung der Arbeiter-Samariter-Kolonie Karlsruhe

Am Samstag, 31. Januar, hielten die Samariter im Saal der ihre Generalversammlung ab. Gen. Fröhlich gab einen kurzen Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß 13 Vorstandssitzungen, 3 Mitgliederversammlungen, 1 öffentl. Vortrag, 1 Vortrag von Herrn Dr. Geißler stattfanden. Gen. Fröhlich dankte allen Vereinen, dem Kreis, den Vereinen und den Vereinen, die sich der Arbeiter-Samariter-Kolonie erhoben sich lobend von dem Eifer zum Gedächtnis der verstorbenen Gen. Ruder und Schuster.

Gen. Weigel gab den technischen Bericht, aus dem folgendes hervorging: In vergangenen Geschäftsjahr hatten wir 28 Unterrichtsstunden, 13 in Fortsetzung des Unterrichtsjahres 1929—1930 und 12 Stunden im neuen Kursus, der am 13. 10. 30 in der Hebelstraße begann und wieder von Herrn Dr. Erbach geleitet wird. Der Besuch dieses Kurzes schwankt zwischen 40—55 Teilnehmern. Am 6. April 1930 fand in der Turnhalle der Hebelstraße die Prüfung der Teilnehmer des letzten Kurzes statt. Befragt war dieser von 14 männlichen und 5 weiblichen Teilnehmern. Die Prüfungsergebnisse wurden an alle ausgegeben. Während des Sommermonats wurden von verschiedenen Vereinen Vortragsabende abgehalten mit Themen, die für die Ausbildung der Samariter und Samariterinnen äußerst lehrreich waren. Bei der in Forstheim stattgefundenen Bezirksgeländebewegung beteiligte sich die Kolonie geschlossen. Von größeren Veranstaltungen ist zunächst das Kreistreffen am 9. 10. und 11. August zu nennen. Zur Bewältigung des Rettungsdienstes wurden noch die Kolonnen aus dem Bezirk herausgezogen. In liebenswürdiger Weise hielten sich die Ärzte Dr. Erbach, Dr. Volk, Dr. Jäger, Dr. Wimpfheimer, Frau Dr. Meas und Frau Dr. Kahn-Heidensfeld abwechselungsweise zur Verfügung, so daß stets Ärzte anwesend waren. Von unserer Kolonne haben 66 Samariter und 20 Samariterinnen 1671 Dienststunden geleistet; Hilfestellungen wurden 388mal ausgeführt, darunter 14 schwere, und mitteilungslos. Somit beteiligte sich die Kolonne 1. B. am 30. März bei der Werberentlastung des Arbeiter-Sportvereins, in der Ausstellungsballe, Jahrmarkt für Jung und Alt, bei der Friedens-

gesellschaft in der Festhalle, bei den Märschen und Umzügen, Verbände des Sportvereins, Besuch beim Reichsarbeiterkongress am 21. und 22. Juni, beim Arbeiterparlament, beim Sommerfest des Volkschors West und Festspiel beim Städtischen Fest des Fußballvereins Grünwäldchen, beim Bezirkskongress, bei der Veranstaltung des Hausfrauenbundes in der Ausstellungsballe, beim Bahnpostkongress, Revolutionsfeier, in verschiedenen Bezirksversammlungen. Wahltransporte wurden 70 ausgeführt. Einen Raum nahm der Rettungsdienst in Ravensbrück in Anspruch. Samariter haben 578, die Samariterinnen 77 Wochen gestellt. Sittensleistungen und 80 Wahltransporte. Von 4 Arbeiter-Samaritern wurden 4708mal erste Hilfe geleistet, 21 Transporte dem ersten überwiegen 180.

Gut bemerkt hat sich unser Marmosystem, das erstmals am Sonntag, 23. März, 7.15 Uhr, in Anspruch genommen wurde, als der Reichsbanner bei Hauenerstein ein größeres Automobil Unfälle nach waren die nötigen Genossen bestimmen, die an die Unfallstelle eilten. Beim Großfeuer im Altersheim stellte die Kolonie in kürzester Zeit eine Waage.

Materialverwalter Schneider gab den Materialbericht bekannt. Der Wert beträgt 3897 M. Ueber die Mitgliedschaft gab Gen. Fröhlich ausführlichen Bericht. Durch die Arbeitslosigkeit ist der Absatz auf ein Drittel zurückgegangen. Bekleider werden 37 Säulen und Betriebe angeleitet worden durch 44000 M. Eine Schuld von rund 10000 M. ist noch vorhanden. Eine Bitte an die Mitglieder: Wir müssen 2500 M. für verlorene Flächen zahlen, dies ist eine Sache, die wir schon wieder an Ort und Stelle zu bringen.

(1) Spendenverteilung der Notgemeinschaft. Der Arbeiter-Samariter-Kolonie Karlsruhe Notgemeinschaft hat beschlossen, am Samstag, 31. Januar zur Anmeldung kommenden Bedürftigen, die sich nur noch mit Briefen und dem Lebensmittelauftrag bedürftig zu bekümmern. Es erhalten die Gruppe A 3 Zentner Briefen und 1 Lebensmittelauftrag, B und C 2 Zentner Briefen und 1 Lebensmittelauftrag, D und E 1 Zentner Briefen und 1 Lebensmittelauftrag. Ohne eigenen Haushalt, F 1 Zentner Briefen und 1 Lebensmittelauftrag. Gruppe F ohne eigenen Haushalt wird mit Essensgutscheinen bedacht.

### Die Polizei berichtet:

#### Bermittelt

Wird seit dem 4. Februar morgens der Ledige 19 Jahre alte Elektrotechniker Karl Bachmann, Sophienstraße 30 hier wohnhaft. Man vermutet, daß ihm ein Unglück zuzustehen ist.

#### Diebstähle

In der Nacht zum 4. Februar entwendete ein unbekannter Täter aus einem Hübscher in der Kanonenstraße, in den er sich auf gewaltsame Weise Zugang verschafft hatte, 6 Hübscher im Wert von 50 M. — Eine verheiratete Frau aus der Gartenstraße sagte an, daß ihr in den letzten Tagen aus einem unerschlossenen Keller in ihrer Wohnung seidene Kleider im Wert von 90 M. entwendet worden seien. — Am Mittwoch wurden der Polizei zwei Fahrraddiebstähle gemeldet. Eines der Fahrräder, das in der Breitestraße gestohlen worden war, wurde im Federbachgraben in der Nähe der Wiesenstraße wieder aufgefunden.

#### Unerschämter Bettler

Am 4. Februar betrat ein Unbekannter in der Wohnung eines verheirateten Paares in der Kriegsstraße. Die Dienstmagd, die er erlitt, waren ihm zu wenig, so daß er zu schimpfen anfing. Der Koch vernahm ihn daraufhin aus dem Haus. Aus Rache warf der Bettler die dem Koch gehörenden, im Treppenhof aufgestellten Klumpen um. Der Koch verfolgte deshalb den Bettler und stellte ihn in der Steinhäuserstraße zur Rede. Der aber nahm eine drohende Haltung ein, und als ihn der Koch festhalten wollte, um ihn der Polizei zu übergeben, zog er ein offenes Messer aus der Tasche und drohte mit Stechen. Es gelang ihm so, in Richtung Wiesenstraße zu entkommen.

**Maskenball des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten.** Die „Gastronomen“ hatten auf Dienstagabend zu ihrem Maskenball in die „Eintracht“ eingeladen. Es sind dies die einzigen Arbeitsstätten, die jahraus jahrein anderen ihre Vergünstigungen verschönern helfen dürfen, zuhause müssen sie sich anders bei dieser oder jener Veranstaltung amüsieren. Das sie jedoch mit vollem Recht auch sich selbst einige vergnügte Stunden gönnen, wird jeder verstehen. Und der Maskenball brachte für alle Teilnehmer einen besten Amusement. Er bot ein hübsches, farbenprächtiges Bild; an recht reizenden Kostümen konnte man sich erfreuen. Zum Teil waren auch sehr originelle Ideen zum Ausdruck gekommen. Die Damen trugen zum Teil in punkto Quantität, indem sie bezüglich der Qualität, kein Wunder, daß den Tanzweisen der Kapelle bereits niemand widerstehen konnte und Damen und Herren allen Gemüts zur „Aktivität“ gehören und nicht Zuhörer markieren wollten. In humoristischen Ueberrassungen fehlte es auch nicht. Kurzum, jedes konnte befriedigt den heimlichen Penaten zusteuern.

#### Frauenktion Beiertheim-Bulach

Der am Dienstagabend veranstaltete Frauenaufführungsabend, in dem Genosse Kappes über „Religion und Sozialismus“ referierte, fällt auf Grund seines außerordentlichen starken Belahes aus dem Rahmen der allgemeinen Bildungsabende heraus. Der Schulsaal konnte fast kaum die aus dem Beiertheim und Bulach stehenden Frauen und Mädchen fassen. Es sei die Regelmäßigkeit, wie in den beiden Bezirken die Bezirksleiter, in denen dieser die Genossen Kappes und Kappes in der Weise die Genossen Wagner als Bezirksleiterin der Frauenktion beider Bezirke im Interesse der Partei arbeiteten. Das behandelte Thema mit dem Referenten Gen. Kappes über speziell unter den Frauen eine gute Zukunft aus, besonders dürfte zu erwarten sein, daß mit diesem Thema ein Teil der Anwesenden den Ideen des Sozialismus näher gebracht wurden. Solche geleisteten Pionierarbeiten müssen ausgenutzt werden. Es ist nun Aufgabe aller Faktoren in diesen Bezirken, das Eisen zu schmieden, solange es warm ist. Es durch persönliche Aussprache mit den Hörern dieses Abends für die Partei als Mitglieder zu gewinnen unter der Partei. Wo bleibt die zweite Genossin?

#### Veranstaltungen

**Kampftage im Kaffeehauscafé:** Im Vordergrund des Interesses stand der gestrige Entscheidungskampf als gegen Stolzenwald. Stolzenwald erlitt eine vielleicht nicht verdiente Niederlage. Der Kampf wurde abgebrochen, aber statt den Griff zu lösen, sollte Stolzenwald untergriff und wollte seinen Gegner zum Todschuß bringen. Dabei blieb er in der Verteidigung hängen und fiel rückwärts auf beide Schultern. Bei Stolzenwald dem Abstoß nicht folgte, hatte er die Konsequenzen zu tragen, welche in diesem Falle eine Niederlage war. Der Schiedsrichter sprach entsprechend den Kampfbedingungen. Die beiden Hertaute Körper und Kopf trafen wiederholt ihre Spezialartikeln zur Anwendung, konnten aber innerhalb 25 Minuten zu keinem Resultate kommen. Wubrus ließ sich im Kampf gegen Wubrus durch die Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen, weshalb er in eine Gehirnerkrankung verfiel. Wubrus fand in Schachschmeider einen gewandten Gegner. Der Kampf endete unentschieden. Der heutige Abend bringt drei Entscheidungskämpfe und zwar stehen sich in Reihenfolge gegeneinander: Adonis — Alka, Schachschmeider und Kopf sowie Wubrus und Stolzenwald. Ferner bringt der neu hinzugekommene Ehmold Wubrus gegen Kopf.

**Musikalisches Konzert der Volkstheater in der Beiertheim.** Aus dem letzten großen Vorverkauf für das am Donnerstagabend um 8 Uhr im großen Beiertheimale vorgesehene musikalische Konzert der Badischen Volksoper ist auf das große Interesse zu schließen, das im Publikum für nicht seltenen abendlichen Entgegnung wird. Wenn auch die Gezeiten nicht bestanden hätte, daß an der Abendkasse keine Karte mehr zu erhalten ist, so ist doch den Freunden eines jeden Humors zu raten, sich rechtzeitig möglichst noch heute an der Vorverkaufsstelle zu lösen. Man erwartet sich dadurch auf alle Fälle eine Enttäuschung in letzter Minute. Die Vorverkaufsstelle ist bei Stadthauskassier Brenner am nächsten Tagbargartenweg.

#### Lichtspielhäuser

**Der Ural-Kolaken-Chor im U.S.**  
Der weltberühmte Ural-Kolaken-Chor der ad Freitag im Union-Theater in jeder Vorstellung gastiert, trifft heute Donnerstag nachmittags 14.45 Uhr vor dem besten Konzertsaal ein, von wo aus die Kolaken sich zunächst in dem hier bereitgestellten drei Vertikalen gestellten Zimmer begeben werden. Nachdem ein Spaziergang durch die Landeshauptstadt zu unternehmen. Die kommende russische Nacht wird hier im Stadtbild bestimmt werden.  
Am Freitag nachmittags singen die Russen zum erstenmal im Union-Theater, wo gleichzeitig einer der besten russischen Filme „Das Bolschewiki“ gezeigt wird.

**Greta Garbo spricht heute zum letzten Male in der Schauburg.**  
Die heute stattfindenden letzten Vorstellungen des bereits in der zweiten Woche mit einem Erfolg in der Schauburg laufenden Greta Garbo-Film „Anna Christie“ beginnen um 4. 6.15 und 8.45 Uhr.

**„B-21“, Basal-Lichtspiele, Herrentstraße 11.**  
Nachdem das Theater die neue Kino-Lichtspielapparatur eingebaut hat, wird von einer ungewöhnlich langwierigen Vorstellung und von einer bedeutendsten Wiederbelebungsleistung ist, kommt ab heute eine Kontinuität zur Aufführung, die sich bezieht „Dollmachers Karriere“, ein rezipierender Film. Neuproduktion in erster Linie durch die sympathische Greta Garbo. Neben bewährten Kanonen wie Gerson, Kariweil und Abel eine

## Die Karlsruher Buchdrucker lehnen den Schiedsspruch ab

In der gestrigen Abend im „Gold Adler“ stattgefundenen, von etwa 320 Kollegen besuchten Versammlung nahm die Gehilfenchaft Stellung zu dem am 2. Februar 1931 abfallenden Schiedsspruch des Zentralarbeitsrats in Berlin, der unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Braun gefaßt wurde. Stellung. Den Bericht erstattete in klarer, ausführlicher Weise Gewerkschaftsrat, Kol. S a d f o r t - F r e i b u r g. Er schilderte den Gang der Verhandlungen, wobei ihm das Verhalten des Schiedsrichters kritisiert wurde, die zur ersten Verhandlung im Dezember vorigen Jahres einen Antrag auf einen Lohnabbau von 14% Prozent stellten, sich aber jetzt mit einem Lohnabbau von 6% Prozent begnügten.

In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß der Vorsitzende Dr. Braun mit einem einseitigen von Regierungsseite diktierten und gebundenen Mandat zur Verhandlung kam, was durch den Umstand bewiesen wurde, daß von dem von Gehilfenchaft vorgebrachten wirklich stichhaltigen Material gar keine Notiz genommen wurde, und daher von eigentlichen Verhandlungen keine Rede sein konnte. Wenn die Gehilfenchaft infolge der beiderseitigen Verhandlung vom 22. Dezember 1930 ein gewisses Vertrauen zum Zentralarbeitsratsamt erhielt, so müßten aber bei der heutigen Fällung des Schiedsrichters Zweifel an der Objektivität dieser Instanz entstehen. Wenn wir die Begründung der ersten Entscheidung aus vor Augen führen und, wie die Begründung des am 2. Februar gefällten Schiedsrichters mit derselben vergleichen, so muß auch die unbedingte Ablehnung der Begründung verurteilt werden. So handelt es sich um eine vornehmliche unparteiliche Schlichter, so handelt es sich um einen unparteilichen Beamten.

Wenn von Arbeitgeberseite betont wurde, daß sie für das Brennendste Problem, die Arbeitszeiterhöhung, keine Zeit zur Verhandlung haben, so spricht diese Bände dafür, wie von dieser Seite aus das Problem der Wirtschaftslage im Verhältnis zur Wirtschaftslage gewertet wird. Nur nach Profitinteressen können hier im Vordergrund stehen. Den durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zum Feiern gezwungenen Arbeitern ist mit dieser Weise nicht gedient. Die durch die Volkswirtschaft ein Dienst geleistet wird, das Volksganzen, müssen wir allerdings zur Verantwortung ziehen. Wenn wir die Anurteilung der Wirtschaft in Erwägung genommen zu haben, überlassen. Es wird von Gehilfenchaft alles verurteilt werden müssen, daß dieser Schiedspruch nicht für allgemeinerbindlich erklärt wird. Wir Buchdrucker betrachten die Schlichtungsordnung als ein Demütigung der Leistung unserer berechtigten Forderungen. Würde die Regelung unserer beruflichen, lohnrechtlichen Verhältnisse den an diesen Fragen interessierten Parteien überlassen bleiben, würde mangelsweise bestimmt eine andere Regelung erfolgen. Kollege W. M e i e r b e r m e r t u. a., daß die heutige Arbeitslosigkeit ihre Ursachen darin habe, daß große Vertriebsungen im heutigen Arbeitsprozeß im Verhältnis zur Volkswirtschaft eingetreten seien. Es sei nur an die Einrechnung von etwa 2 Millionen weiblicher Arbeitskräfte in die Industrie zu erinnern.

Die von Dr. Braun gegebene Begründung muß als geradezu witzig und despektierlich angesehen werden. Besonders Mißfallen muß die Auserkennung der Herabsetzung der Arbeitszeit erregen.

— In ähnlichen Bezirken — neue Bekanntheit, Döll, Haas. Der Angelpunkt nachrichtlich die Rede. Sont Variation eines bekannten Themas von der Konfessionskreisen, die Karriere macht, unbedingt ausgenutzt, daß die Grenzen diesmal amüsiert und nett sind. Die Angliederung A. Situations ist geschmacklos. Die Reibheit der Döll weilt der Richtung an. Mit Raffinerie wird die Komit Gersons und Angens analysiert. Man ist verärgert, zu behaupten, — seit man sie kennt! — ein Typ, der schelte. Sie kann lachen, lachen, parieren, ist dornarm, beifigt Schöpfung und Kerne. Wundervoll wieder Gerson. Döllmal als Impresario und Redaktionsdirektor nebulöser Obermann. Für die Qualität der Döll Angens spricht es, daß sich kein Kompositi Gerson neben den „erdrückenden“ Gerson behauptet. Auch er ein Mann, den man bald wiedersehen möchte. Kariweil ist der Redaktor. Er sieht sich wieder mit Charme und reizender Frechheit aus der Situation. Bewunderungswürdig, wie Abel in der Figur eines ältlichen Donjuans ins lehrbuchmäßige Fach hindurchschleift. Eine hübsche Leistung! Ferner von der Partei durchwegs richtig am Orte und mit feiner Spitzfindigkeit dabei. Grette Kogler, Alka, Berdmelster, Paul Kemp, Guht Start-Gleichendebaur, Paul Wendels, Kellin, Hermann und Villen. Für die großartig-einschmelzende Pufft gehören neben Nelson Schmitt-Genter und Alfred Straker. Ueberall, wo der Film auch ist, wurde er vom Publikum und Presse mit Beifall aufgenommen. Den Zuschauern gefiel ganz besonders das mutige und frische Wesen der Hauptdarstellerin Döll, Haas.  
Im Vorprogramm läuft ein sehr interessanter Kulturfilm der Hamburg-Amerika-Linie, betitelt „Von der Schifffahrt zum Weltmeer“. Dieser Film zeigt den Bau eines großen Ozeanliners von der Kiellegung bis zur ersten Fahrt. Die aktuelle D.S.S. Wochenchau beschließt das empfehlenswerte Programm.

#### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ueber Europa entwickelt sich die allgemeine Wetterlage ausschließlich zu winterlichem Hochdruckgebiet. Unter dem Einfluß des föhlich der Alpen liegenden Tiefdruckgebietes sind zunächst noch einzelne Schneefälle zu erwarten.

#### Wetterausblick für Freitag, 6. Februar: Fortdauer des winterlichen Hochdruckes auch in der Ebene. Zeitweise aufhebend, streifenweise noch leichte Schneefälle, bei Luftdruck aus Nordwesten.

### Kleine bad. Chronik

#### Selbstmord

**Florsheim, 4. Febr.** Die schlechte Wirtschaftslage forderte heute Nacht wiederum zwei Opfer. In der Kaiser-Wilhelmstraße hat sich ein 70jähriger Mann durch Erhängen das Leben genommen, während in der Bleichstraße der Inhaber einer alleingefahrenen Goldwarenfabrik sich mit Zoonali vergiftete.

### Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

**Frauenktion Alt-, Mittel- und Südweststadt**  
Donnerstag, 5. Februar, abends 8 Uhr, im Büro der Arbeiterwohlfahrt, Karl-Friedrich-Straße 22, Diskussionsabend. Hierzu sind alle Parteimitglieder, Parteifunktionäre und Interessenten freundlich eingeladen.

**Frauenktion Durlach**  
Unsere Frauenbezirksversammlung findet Freitag, den 6. Febr., abends 8 Uhr, im Volkshaus statt. Um vollständiges Ersichinen wird gebeten.

Die Fällung des Schiedspruchs ist als eine einseitige, von Regierungsseite angeordnete Maßnahme zu betrachten, gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen.

#### Entscheidung

fand einstimmige Annahme:  
„Nach der Berichterstattung unseres Vertreters, der den Lohnverhandlungen in Berlin beiwohnte, kam die über Erwarten sehr stark beschulte außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Karlsruhe im Verbands der deutschen Buchdrucker am Mittwoch, 4. Februar, zu folgendem Ergebnis: Der geplante Lohnabbau von 6 Prozent auf der ganzen Linie wird einstimmig abgelehnt. Die Begründung des unparteilichen Vorsitzenden Dr. Braun ist inhaltlich sachgemäß und trifft daher zu. Sie ist eine außerordentlich gute Anordnung, mit der der Reallohn der gesamten Arbeiterchaft annehmbar unter allen Umständen und mit aller Gewalt herabgedrückt werden soll, unter vollständiger Mißachtung der gegenwärtigen Lage. Außerdem ist dieser Schiedspruch in keiner Beziehung mit den großherzoglichen Ausführungen des Reichsfanzlers Brüning in Köln vor den christlichen Gewerkschaften in Einklang zu bringen. Der von Regierungsseite angeordnete Preisabbau stellt sich als offenkundiger Preisabbau heraus, weshalb der geplante organisierte Lohnabbau unter bestmöglicher Protest abgelehnt werden muß. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der Erhaltung des Reallohnes unter besonderer Berücksichtigung der Befürzung der Arbeitszeit zur Unterbringung unserer Arbeitslosen. Dies wäre von der Regierung anzuordnen erste Pflicht, anstatt ischamacherische Unternehmungen zu unterstützen.“

In der weiteren Aussprache wurde die Resolution teilweise als nicht scharf genug bezeichnet, andererseits wurde beantragt, mit den scharfsten Mitteln gegen die Verbindlichkeitsklärung des uns in ganz keiner Weise rechnungstagenen Schiedsrichters anzukämpfen. Die Kollegen wollten in Zukunft nur die Leistungen vorbringen, für die sie in Wirklichkeit auch bezahlt werden, d. h. wie der Tarif vorschreibt, für Minimallohn Minimalleistung. Wenn Beschäftigten in dem Einfluß der politischen Vertretung der Arbeiterchaft seit dem 14. September 1930 zu verzeichnen sind, so ist es dem Indifferentismus der Arbeiterchaft selbst zuzuschreiben.  
In seinem Schlusswort ging der Referent auf verschiedene vorgetragene Wünsche ein, ermahnte die Kollegenschaft eindringlich und geschlossen hinter ihrer seit Jahrzehnten bewährten Führung zu stehen, dann wird auch diese Lohnbewegung zu einem günstigen Ende geführt werden können.

Der Vorsitzende, Kollege F r e s t e l, dankte für die ausübliche Berichterstattung und betonte die große Erregung, die sich der Karlsruher Buchdrucker bei Bekanntwerden des Schiedsrichters bemächtigte. Dank gebühre aber auch unseren Vertretern, die während der Lohnverhandlungen alles getan haben, diese zu einem guten Ende zu führen, monach er mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker, die mit gutem Kampfsinn bewiesene mutigste verlaufene Versammlung schließen konnte.

### Jugend

**Söllingen SWL, Sonntag, 8. Februar:** Morgenwanderung 1/9 Uhr Kathaus. **Montag, 9. Februar:** Lieberabend, Leiter Genosse Schab, Durlach. **Samstag, 15. Febr.:** Frei. **Montag, 16. Febr.:** Diskussionsabend. **Sonntag, 22. Febr.:** Schulungskurs in Durlach. **Montag, 23. Febr.:** Lichtbildvortrag „Vom Urtier zum Menschen“. **Sonntag, 1. März:** Wanderung nach Langensteinbach.

### Partei-Nachrichten

**Knielingen, Samstag, 7. Februar, abends 1/8 Uhr,** findet die ordentliche Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Knielingen statt. Die Parteigenossen werden pünktlich und vollständig im Versammlungslokal „Volkshaus zur Rose“ erwartet.

### Aus der Stadt Durlach

**Sozialistische Arbeiterjugend Durlach, Samstag und Sonntag, 7. und 8. Februar,** findet ein Besuch der Volksfreunderei statt, wozu alle Jugendlichen und Parteigenossen eingeladen sind. Die Parteigenossen, die am Samstag nicht arbeiten, treffen sich um 11 Uhr vor dem Volkshaus. Die übrigen Parteigenossen und Jugendgenossen treffen sich am Sonntag morgen um 8.45 Uhr an der Eintrachthalle am Bahnhof in Durlach.  
**Achtung SWL!** Heute abend punkt 8 Uhr Probe in der Schiller-Schule. Spielmannschor! Am Freitag ab 7 Uhr Uebung in der Reithalle.

### Verbandsanzeiger

**Karlsruhe**  
Volkshausakademie. Besonderer Umstände wegen fällt die heutige Männerjugendprobe aus. 1597  
Volkshaus-Chor-Karlsruhe-West e. V. Morgen, Freitag abend 8.30 Uhr Beginn der regelmäßigen Männerchorproben. Um Weiterverbreitung wird gebeten. 1595

**Deutscher Metallarbeiterverband — Blechener und Installateure:** Freitag, 6. Februar Monatsversammlung. Generalversammlung findet am 3. März statt. Vokal: Gambinus. Zeit 18 Uhr. — Elektriker: Monatsversammlung am Sonntag, den 22. Februar, 10 Uhr im Volkshaus.

**Weinarten:** Montag, den 9. Februar, 20 Uhr, im Lamm Mitaliedererversammlung.  
**Seitensmonteur:** Sonntag, den 8. Februar, 10 Uhr Volkshaus: Bericht von der Lohnverhandlung.  
**Lichtbildvorträge:** Freitag, den 6. Februar, 20 Uhr: Jugendheim Karlsruhe. Mittwoch, den 11. Februar, 18 Uhr: Darmstädter Hof, Durlach. Jugendabteilungen vollständig erschienen. 1583  
Die Ortsverwaltung.

**Chefredakteur:** Georg Schöppin. Verantwortlich: Postamt, Freiburg Baden, Volkswirtschaft, aus aller Welt, Regie-Karlsruhe. D. G. R. u. e. u. m. Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, kleine badische Chronik, aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Heilbronn, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolit, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendvolk, Heimat und Wandern, Ausflüge: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigerenteil: Gustav Fröhner. Eämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft der Volksfreund e. m. b. H., Karlsruhe

## Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Vorkriegspreise!  
Tube 60 Pf. u. 1 Mk.  
54 Pf. 90 Pf.

